

der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann (SPD) 1968 die DKP zu. Den Einzug in den Bundestag hat sie nie geschafft, aber dank massiver finanzieller Unterstützung der SED konnte sie in der studentischen Szene erheblichen Einfluss gewinnen.

Galionsfigur der linken Studentenbewegung

Im Frühjahr 1968 kam es zu der bis dahin größten innenpolitischen Krise der Bundesrepublik. Anfang April verübten Linksextremisten Brandanschläge auf Frankfurter Kaufhäuser, und wenige Tage später wurde in Berlin Rudi Dutschke niedergeschossen, die Galionsfigur der linken Studentenbewegung und des SDS. Täter war ein junger Hilfsarbeiter, der sich angeblich durch die studentenkritische Berichterstattung der Springer-Presse angestachelt sah, im besonderen der Bild-Zeitung. Es kam zu gewalttätigen Demonstrationen und massiven Zerstörungen von Einrichtungen des Springer-Verlages. In München starben zwei Demonstranten, wohl durch Steinwürfe aus den eigenen Reihen (W. Kraushaar).

Im Mai wurden die sogenannten Notstandsgesetze verabschiedet, die die Große Koalition zur Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte verabredet hatte. Gegen die „rechte“, angeblich „faschistische Gefahr“ demonstrierten in Bonn 40 000 Menschen, darunter 1000 Studenten, die mit einem Sonderzug aus der seit 1961 eingemauerten DDR angereist waren. Obwohl die Notstandsgesetze, von der Linken als „NS-Gesetze“ diffamiert, verabschiedet wurden, blieb die „faschistische Gefahr“ aus – die Gesetze sind bis heute nicht angewendet worden.

„Unter den Talaren – der Muff von tausend Jahren“

Vor dem Hintergrund dieser politischen Zuspitzungen fand in den Universitäten die Auseinandersetzung über die Hochschulreform statt – oder das, was so genannt wurde. Die grundsätzliche Notwendigkeit von Reformen wurde kaum bestritten. Die Studentenzahlen stiegen steil an, und die klassische Universität war auf diesen Zuwachs und die gesellschaftlichen Veränderungen der 60er Jahre kaum vorbereitet. Unzutreffend ist aber der bis heute zu vernehmende Vorwurf, es habe bis 1968 keine nennenswerten Veränderungen gegeben. Mehrere Hochschulgründungen waren auf dem Weg, die Universität Bochum bereits 1965 gegründet worden, auch den Wissenschaftsrat gab es bereits seit mehreren Jahren.

Linke Studenten aber prägten in denunziatorischer Anspielung auf das sog. Dritte Reich den Spruch „Unter den Talaren – der Muff von tausend Jahren“. Sie fühlten sich, zum Teil beeinflusst von Diskussionen in den Elternhäusern, angehalten, eine „Entnazifizierung“ der Gesellschaft durchzuführen. Noch heute ist bisweilen

die These zu hören und zu lesen, „68“ sei der Ausgangspunkt der kritischen Auseinandersetzung mit dem sog. „Dritten Reich“ gewesen. Das ist völlig unzutreffend, wie schon der Blick auf die großen NS-Prozesse der frühen 60er Jahre zeigt.

Die von der Linken initiierte „Entnazifizierung“ wurde auch in die Universitäten getragen. Dabei kam es zu schlimmen Entgleisungen. In Bonn wurde ein Ordinarius der Kunstgeschichte angegriffen, obwohl ihm die Nationalsozialisten 1940 aus politischen Gründen die Lehrbefugnis entzogen hatten – aus einem Opfer wurde ein Täter gemacht. Zugleich konnte ein bekannter „Groß-Ordinarius“ glimpflich davonkommen – er hatte einen linken Studentenfürher als Doktoranden angenommen. In Aachen konnte ein ehemaliger hoher SS-Mann, der sich eine neue Identität zugelegt hatte und sich mit den linken Studenten gut stand, bis zum Rektor aufsteigen.

Nicht demokratisch legitimierte Teilhabe

In der jüngeren Zeit trat mit der „Cancel Culture“ das Phänomen auf, dass der Linken politisch nicht genehme Hochschulveranstaltungen unterbunden oder missliebige Dozenten ausgeschlossen wurden. Auch das ist nicht neu. So wurde damals in Bonn ein Osteuropa-Historiker, der über die Geschichte der Sowjetunion bis 1939 lesen wollte – also bis zum Hitler-Stalin-Pakt – von linken Studenten gezwungen, seine Vorlesung abzuberechnen. Die Existenz dieses Paktes wurde von der DDR-Politik schlicht bestritten, und die von ihr unterstützten westdeutschen Studenten folgten dieser Linie.

Ein zentraler Punkt der Hochschulreformdiskussion war die Mitbestimmungsfrage. Der allgemein positiv besetzte Begriff „Mitbestimmung“ bedeutete aber in der linken Strategie nicht demokratisch legitimierte Teilhabe. Sie sollte dem Aufbau politisch nützlicher Machtstrukturen dienen. Letztlich zielte die Strategie auf eine andere Gesellschaft und einen anderen Staat.

Bruch staatlicher Regeln

Zur Durchsetzung dieser Strategie wurden immer wieder rechtsstaatliche Regeln gebrochen und das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt. Ausgehend von einer „wissenschaftlich“ begründeten Wahrnehmung, dem Marxismus-Leninismus, sah man sich einem höheren Ziel verpflichtet, das Widerspruch nicht zuließ und angeblich den Bruch staatlicher Regeln rechtfertigte. Die Parallelen zu aktuellen Erscheinungen sind auch ohne diesen ideologischen Hintergrund augenfällig.

Bis heute wird der Eindruck erweckt, die linke Studentenbewegung von 1968 habe die Studenten schlechthin repräsentiert. Das ist unzutreffend. Dort, wo demokratische Wahlen zu den Studentengremien stattfanden, erreichten über-



Rudi Dutschke, die Galionsfigur der linken Studentenbewegung und des SDS.

Mit der „Cancel Culture“ trat das Phänomen auf, dass der Linken politisch nicht genehme Hochschulveranstaltungen unterbunden oder missliebige Dozenten ausgeschlossen wurden.